

erst endgültig und im einzelnen entscheiden können, wenn man die ganze Vorlage genau kennt; jedoch muß heute schon gesagt werden, daß, nach den bisher gemachten Mitteilungen, eine derartige Reform nicht beabsichtigt ist. Sie wird, wenn sie im wesentlichen so bleiben sollte, wie Dr. Köhler es beabsichtigt, keine endgültige Vereinigung der Besoldungsfrage und keine dauerhafte Befriedigung in der Beamtenfrage auslösen können. Noch ist allerdings hierüber das letzte Wort nicht gesprochen. Es ist nunmehr die vornehmste Aufgabe der Sozialdemokratie, als der Sachwalterin der breiten Massen der unteren und mittleren Beamtengruppen, durch Einflußnahme auf die Parlamente, insbesondere auf die Parteien des Reichstags, dahin zu wirken, daß dem Reformwerk, hauptsächlich in den erwähnten Punkten, noch gründliche Verbesserungen eingefügt werden. Hoffentlich läßt sich der Reichstag alle Wege hierzu öffnen, wenn man sich schon in allerhöchster Zeit darüber entscheiden muß, welche Voraussetzungen auf Grund des kommenden neuen Gesetzes am 1. Oktober gemacht werden sollen.

Katholische Kirche und Revolution!

N. Auf dem Dortmunder Katholikentag war wieder einmal viel von antirevolutionärer Ethik, von Sicherung der Autorität durch die Religion die Rede. Daß die katholische Kirche und vor allem der Vatikan auch anders können, beweist folgender Brief, der an den ermordeten bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner gerichtet wurde:

Berlin, den 30. Januar 1919.
Mittelstraße 58.

An den bayerischen Ministerpräsidenten
Herrn Kurt Eisner, München.
Werter Genosse!

In Ergänzung unserer Unterredung am Tage Ihrer Abreise nach Bayern erlaube ich mir, Ihnen Mitteilung zu machen, daß gegenwärtig Einigungsverhandlungen zwischen der USV und Mehrheit in Berlin aus der breiten Masse heraus schweben, andererseits auch in dem Berliner Volkstagsrat derartige Verhandlungen im Gange sind. Hier ist jedoch die Forderung Däumlings zur Zeit noch ein Hindernis. Am ehesten verpicht ich die Einigung aus der Masse heraus Erfolg, und dürfte hierbei in den nächsten Tagen ein greifbares Resultat zu erzielen sein, da sehr energiegelade und intelligente Köpfe ihre Kräfte in den Dienst dieser Sache gestellt haben.

Meine vorläufigen Bemühungen gegenüber dem niederen katholischen Klerus in Bayern haben bisher noch zu keinem Resultat geführt, da infolge des Druckes von der Episkopie bzw. vom dem päpstlichen Primat man dort fürchtet, sich zu kompromittieren, wenn man sich mit sozialistischen Führern einläßt. Hier wäre es vielleicht sehr angemessen, wenn, wie ich schon andeutete, Führung von vorstehendem Gesichtspunkte ausgehend, mit der päpstlichen Kurie in Verhandlung getreten würde. Ich habe über diesen Punkt eingehende diskrete Besprechungen mit dem Ihnen bekannten bayerischen Ministerialrat von Stöckhmann, der ein vorurteilsfreier, zum Sozialismus hinneigender Mann ist, gehabt, und erklärte mir dieser Herr, daß Monsignore Schioppa von der päpstlichen Kurie in München seinerzeit Ihrer Regierung und besonders Ihnen einen Besuch abgestattet hätte, daß er jedoch nicht empfangen worden ist und sich auch durch die damals noch revolutionär angehauchten Wäntzen Ihres Vorjammers ihm gegenüber hohler fühlte. Immerhin würde ich, wie mir Herr Ministerialrat von Stöckhmann erklärte, die päpstliche Kurie sehr freuen, wenn Dr. Werke dem feineren, erfolglosen, wenn auch durch wichtige Verhandlungen nicht angeordneten Besuch in entsprechend kurzer Weise erwidern würde. Es würden dadurch allerhand, zur Zeit noch nicht ganz unwichtige Impponderabilitäten geschaffen werden, die es ermöglichen, daß mit der römischen Kurie eine ihrerseits immerhin noch vorhandenen politischen Bedeutung entsprechende Fühlung genommen würde, so daß von Rom dem niederen Klerus gegenüber Stellung gegeben wird; sich gegenüber der jetzigen Regierung zum mindesten wohlwollend neutral zu verhalten. Unter dieser Voraussetzung wäre es durchaus leichter möglich, den niederen Klerus in breiterem Maße für die Idee des Sozialismus zu gewinnen. Um irgendwelche diplomatischen Anfangsschwierigkeiten bei den Verhandlungen mit der Kurie auszugleichen, würde ich vorschlagen, sich des bayerischen Ministerialrats von Stöckhmann zu bedienen, der sicher gern für und im Interesse der jetzigen Regierung tätig ist. Bei den Verhandlungen mit der Kurie könnte ja auch die Frage einer Trennung von Kirche und Staat angeschnitten werden, zu der, wie mir Herr von Stöckhmann auseinandersetzt, die Kurie nicht prinzipiell abgeneigt ist. Mit Parteigrüß
Ihr ges. Dr. Rudolf.

Wenn's brennt, ist die katholische Kirche, die heute die Auslieferung der Schule an ihre Priester verlangt, sogar bereit, dem Teufel der Revolution die ganze Hand zu reichen und auf die angeblich dreimal verfluchte Trennung von Staat und Kirche einzugehen. Haben doch erst kürzlich die kirchlichen Zeitungen erklärt, daß es von der russischen orthodoxen Kirche falsch gewesen sei, die Autorität der Sowjetregierung nicht anzuerkennen. Das Dogma der katholischen Kirche verpflichtet auf keinerlei Staatsverfassung. Sie macht Geschäfte mit der absoluten Monarchie, der bürgerlichen Republik und auch mit der bolschewistischen Sowjetregierung. Alles nach dem Sage des Evangeliums: Gebet dem Kaiser was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist. Ob der Kaiser ein wirklicher Monarch, eine republikanische oder revolutionäre Regierung ist, ist von untergeordneter Bedeutung. Hauptsache ist, daß die Kirche ihre Schäflein behält.

Volksparteiler gegen das Reichsschulgesetz.

Die Vertreter der Deutschen Volkspartei in den Hansestädten der drei Hansestädte tagten am Sonnabend und Sonntag in Bremen. Erörtert wurden u. a. der Entwurf des Reichsschulgesetzes und die Stellung und Aufgaben der Hansestädte im Rahmen des Deutschen Reiches. Am Schluß der Beratung wurde, laut einer Meldung der Täglichen Rundschau, folgende Entschließung angenommen:

Der neue Reichsschulgesetzentwurf nimmt auf die Interessen des deutschen Volksschulwesens und auf die Schulverhältnisse, wie sie in den Hansestädten bestehen, nicht gebührend Rücksicht. Wenn es nicht gelingt, in den Entwurf die Sicherheiten hineinzuarbeiten, die in dieser Beziehung notwendig sind, ist der Entwurf von den Vertretern der Hansestädte abzulehnen."

Rohbachs Haftentlassung bestätigt.

Gegen die Haftentlassung Rohbachs hatte der Oberstaatsanwalt von Schwerin Beschwerde eingelegt, mit der sich gestern das Mecklenburger Obergericht zu beschäftigen hatte. Nach längerer Beratung kam, laut Deutscher Tageszeitung, das Gericht zu dem Beschluß, daß der Antrag des Oberstaatsanwalts zurückzuweisen sei, und daß die Haftentlassung Rohbachs zu Recht bestehe.

Schluß der Generaldebatte in Genf.

Der Schiedsgerichtsgedanke im Osten.

SPD Genf, 12. September.

Die großen und kleinen Länder des Völkerbundes haben nunmehr alle gesprochen. Die Generaldebatte wurde am Montag mit einer Rede des Schweizerischen Bundespräsidenten Motta geschlossen. Das Plenum wird erst am Donnerstag wieder zusammentreten, um die Ratswahlen vorzunehmen. Jetzt konzentriert sich die Arbeit zunächst vollständig auf die Ausschüsse.

Am Montagmorgen fanden nacheinander zwei Presseempfangs statt, während zur selben Zeit im Völkerbundsgebäude eine wichtige Sitzung der Abrüstungskommission im Gange war. Die beiden Empfänge waren so verschieden voneinander, wie das nur denkbar ist. Zunächst versammelten sich die Pressevertreter bei dem Vertreter eines kleinen Staates, dem lettischen sozialistischen Außenminister Jeelens, der sich schon in seiner Rede im Plenum als der Vertreter der radikalsten Tonart im Völkerbund erwiesen hatte. Zwei Stunden später war Presseempfang bei Chamberlain, dem konservativen Außenminister des britischen Reiches, dessen Rede am Sonnabend deutlich gezeigt hat, wo das größte Hindernis für eine Weiterentwicklung des Völkerbundes zu suchen ist.

Jeelens gab über die lettische Außenpolitik eine Erklärung ab, die durch die fast brutale Deutlichkeit ihrer Ausdrucksweise geradezu verblüffte, zumal man in der Genfer diplomatischen Atmosphäre an solche Offenheiten nicht gerade gewöhnt ist. Lettland, so führte er aus, wolle möglichst neutral bleiben, sich nicht in die Konflikte zwischen den Großmächten verwickeln lassen und es werde jeder Einmischung irgendeiner fremden Macht Widerstand leisten. Eine wesentliche Aufgabe Lettlands sei die Regelung seiner politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland. Daher seien zwischen Moskau und Riga die Grundlagen eines gegenseitigen Nichtangriffspaktes vereinbart worden. Das Abkommen sei noch nicht in allen Punkten fertig. Jedenfalls werde Lettland keinerlei Verpflichtungen eingehen, die im Widerspruch zu den Grundprinzipien des Völkerbundes stehen. Lettland stehe auf den Abschlüssen eines "Välikischen Locarno" hin.

Mit Polen stehe Lettland in freundschaftlichen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen. Polens Bestrebungen im Sinne der Sicherung des Friedens, insbesondere die Verhandlungen über einen Nichtangriffspakt zwischen Warschau und Moskau wären für ganz Osteuropa von Vorteil. Auf die Frage, ob das in Aussicht genommene Verständigungsabkommen zwischen Lettland und Sowjetrußland sich von einem Schiedsgerichtsverfahren unterscheiden, bestätigte Jeelens, daß Sowjetrußland es grundsätzlich ablehne, Schiedsgerichtsverträge abzuschließen, aber, so fügte er ironisch hinzu, es gäbe auch andere Großmächte (Anspielung auf England), die die Schiedsgerichtsbarkeit nicht sonderlich förderten.

Die Tagung der I. A. G.

Eine Aktion für Abrüstung.

SPD Brüssel, 12. September.

Die Exekutive der Arbeiterinternationale setzte am Montag ihre Beratungen fort. Sie stimmte zunächst dem Antrag des Bureau des Frauenkomitees zu, für Anfang Dezember eine Sitzung des Internationalen Frauenkomitees einzuberufen, die in Köln stattfinden soll. Crippien erstattete Bericht über die Luzerner Sportinternationale und die Vorarbeiten zur Gründung einer internationalen Vereinigung der Arbeiter-Radovereine. Die anschließende Debatte endete mit der Annahme folgender Entschließung:

Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiterinternationale erlucht die angeschlossenen Parteien, in deren Ländern eine selbständige Arbeiter-Turn- und Sportbewegung besteht, diese Bewegung nach Möglichkeit zu unterstützen und besonders auch der Radiobewegung ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Das Bureau wird beauftragt, die Frage der Ausgestaltung der Beziehungen zu der Luzerner Sportinternationale nochmals zu prüfen und in einer der nächsten Sitzungen der Exekutive darüber zu berichten."

Im Sinne einer Anregung von Witsaut (Holland) wurde das Sekretariat beauftragt, die Vorarbeiten für die Erstellung einer volkswirtschaftlichen Abteilung im internationalen Sekretariat zu treffen. Hilferding und Hillaquit (Vereinigtes Staaten) wurden als Berichterstatter über die internationalen Wirtschaftsprobleme für den nächsten Kongreß bestimmt.

Erhöhung der Beamtengehälter.



Hauswirt, Bäcker, Schlächter, Schneider usw.:
„Darauf haben wir schon lange gewartet!“

Sitzung der Abrüstungskommission.

SPD Genf, 12. September.

Der 3. Ausschuh der Vorbereitenden Abrüstungskommission begann am Montagmorgen unter dem Vorsitz von Benesch mit dem ihm aufgetragenen Arbeiten. Der Vorsitzende wies zunächst auf die Enttäuschung der öffentlichen Meinung über den langwierigen Gang der Abrüstungsarbeiten und die entsprechende Kritik in der Generaldebatte der Völkerbundsversammlung hin. Andererseits aber stellte er fest, daß doch erhebliche Fortschritte zu verzeichnen seien. Im Verlauf der Sitzung trat der deutsche Delegierte Graf Bernstorff dafür ein, daß die Einberufung der Vorbereitenden Abrüstungskommission nicht verziagt und es sich um eine Herabsetzung und nicht um eine Beschränkung der Rüstungen handeln könne.

Der Ausbau der Völkerbundsbibliothek.

Rockefeller jun. stiftet 2 Millionen Dollar.

WB Genf, 12. September.

Zu Beginn der heutigen Vollsitzung, die den Schluß der Generaldebatte bringt, kündigte der Vorsitzende de Guani an, daß von einem zunächst ungenannten amerikanischen Stifter 2 Millionen Dollar für den Ausbau der Völkerbundsbibliothek zur Verfügung gestellt worden sind. Unter dem Beifall der Versammlung sprachen sich nacheinander Motta, Hüsti und van Espinga zu dem Anerbieten in zustimmendem und dankendem Sinne aus.

Polen versucht es mit der Sowjetunion.

LU Berlin, 12. September.

Der ADG erzählt aus gut unterrichteten Kreisen, daß die polnische Diplomatie sich gegenwärtig ernstlich mit dem Gedanken trage, der Sowjetregierung die Enthaltung Polens von jeglichen antirussischen Plänen zu garantieren, gegen ein sowjetrussisches Desinteressement an der Winafrage. Polen sei entschlossen, sein Genfer Plaisio durch eine neue Schwankung nach der sowjetrussischen Seite hin wegzumachen, und zwar: durch die Anerkennung des russischen litauischen Garantievertrags von 1928. Von einer solchen Politik verspreche man sich einen polnisch-russischen Garantievertrag nach dem Muster des Berliner Vertrags.

In der Nachmittagsitzung berichtete der holländische Abgeordnete Albarde über die Arbeiten der von der Exekutive eingeleiteten Abrüstungskommission! Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

„Die Exekutive nimmt den vorläufigen Bericht der Abrüstungskommission der Sozialistischen Arbeiterinternationale zur Kenntnis und erwartet, daß die im Völkerbund tätigen Vertreter der ihr angeschlossenen Parteien sich von den in dem Bericht der Abrüstungskommission enthaltenen Grundgedanken leiten lassen und die sozialistischen Arbeiterparteien diese Tätigkeit für die internationale Abrüstung tatkräftig unterstützen werden. Die Exekutive fordert die Abrüstungskommission der Sozialistischen Internationale auf, ihre Tätigkeit fortzusetzen, die in dem vorläufigen Bericht nicht erschöpfend behandelten grundsätzlichen Fragen, insbesondere auch die Frage der Besatzungsorganisationsform sowie die im Verlauf der Debatte der Exekutive gestellten Ergänzungsanträge zu prüfen und hierauf abermals Bericht zu erstatten. Die Exekutive nimmt Bezug auf die Resolution des Internationalen Sozialistenkongresses von Marseille und fordert die Sektionen der Internationale auf, im Laufe der zweiten Hälfte des Oktober eine Propagandaaktion über das Abrüstungsproblem durchzuführen. Diese Agitation hat zum Ziele, die öffentliche Meinung dahin zu bringen, von den Regierungen so schnell wie möglich entscheidende Abrüstungsmassnahmen zu fordern und eine allgemeine und zwingende Aktion einzuleiten, um die Grundzüge des Protokolls wieder aufzunehmen, dessen Annahme vom Völkerbund verzögert wurde.“

Ein Attentat in Paris.

Mord am italienischen Bizekonsul.

SPD Paris, 12. September.

Der italienische Bizekonsul in Paris, Graf Carlo Kardini, ist am Montagmorgen in seinem Bureau im Konsulat von einem unbekannten Italiener durch mehrere Revolverkugeln getötet worden. Altem Unscheln nach handelt es sich um ein politisches Attentat. Der Mörder erlitt sofort nach seiner Einlieferung in das Gefängnis eine Nervenerkrankung und mußte ins Spital übergeführt werden. Seine Identität ist bis jetzt noch nicht festgestellt, da er sämtliche Ausweispapiere vor der Tat zerissen hatte.

SPD Paris, 12. September.

Den Pariser Abendblättern zufolge beabsichtigt Mussolini aus Erbitterung darüber, daß am Sonntag in Brüssel eine Matteotistatue eingeweiht worden ist, den gegenwärtig noch freien italienischen Botschafterposten in Brüssel vorläufig nicht mehr zu besetzen.

Das Wahlergebnis in Jugoslawien.

LU Belgrad, 12. September.

Das Ministerium des Innern veröffentlichte heute nachmittags das vorläufige amtliche Wahlergebnis. Danach haben erhalten:

Radikale	111 Mandate, bisher 110 Mandate
Davidovic-Demokraten	63 Mandate, bisher 37 Mandate
Radikalische Partei	60 Mandate, bisher 68 Mandate
Prilicovic-Demokraten	23 Mandate, bisher 28 Mandate
Slowenische Christen, Dr. Kozolec	21 Mandate, bisher 20 Mandate
Bosnische Spascho-Partei	16 Mandate, bisher 15 Mandate
Serbische Landwirte	9 Mandate, bisher 7 Mandate
Deutsche	6 Mandate, bisher 5 Mandate
Kroatilcher Blok	2 Mandate, bisher 2 Mandate
Montenegroinische Föderalisten	1 Mandat, bisher 0 Mandate
Sozialisten	1 Mandat, bisher 0 Mandate
Ungarn	2 Mandate, bisher 0 Mandate

Zusammenkunft Chamberlains und Mussolinis?

LU London, 12. September.

Im Zusammenhang mit den italienischen Bemühungen, eine allgemeine Konferenz der Außenminister der vier europäischen Großmächte zustandzubringen, wird in London erneut mit der Möglichkeit einer Zusammenkunft zwischen Chamberlain und Mussolini gerechnet, und zwar während Chamberlains Besetzungsaufenthalts am Mitteländischen Meer.